Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

Preis 4 Mill. M.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Mittwoch, 3. Oktober 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5080—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezug 38 Mill. Mk. für die Woche vom 30. Sept. — 6. Okt.

Im Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreis 250 M. je 35 mm breite mm-Zeile mal Schlüsselzahl. Bedarfsanzeigen werden nach behördlichem Tarif berechnet.

3. 10. m Nr. 457 4 Mill.
62. Jahrgang.

Anzeigen-Schlußfeiertag heute 50000.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

ERICH MEYERFELD BERLIN GRUNDSTÜCKE

Das Schicksal der Koalition.

Nachtsitzung des Kabinetts.

Rücktritt v. Raumers.

Die Sitzungen der Reichstagsfraktionen, die gum Teil schon in den Nachmittagsstunden zusammengetreten waren, erstreckten sich bis in den Nachmittag hinein. In diesen Beratungen trat die Frage einer Verbreiterung der Koalition durch Eintritt der Deutschnationalen mehr und mehr zurück. Dagegen wurden die finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen in den Vordergrund gestellt. Bekanntlich beschäftigte die Reichsregierung, sich zur Lösung dieser Fragen außerordentliche Vollmachten vom Reichstag übertragen zu lassen. Die demokratische Fraktion legte ihre Auffassung in einem Fraktionsbeschluß dahin fest, daß sie dem Kabinett Stresemann die gewünschten Vollmachten verleihen wolle. Auch in der Aussprache der Zentrumsfraktion kam diese Bereitwilligkeit übereinstimmend zum Ausdruck. Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei geht aus der weiter unten abgedruckten Erklärung des Fraktionsvorsitzenden hervor. Für den Fall einer Neubesetzung des Ernährungsministeriums wurde der Wunsch geäußert, daß dieses Amt einem Manne übertragen werden solle, der sich des Vertrauens der Landwirtschaft in hohem Maße erfreue. Das Finanz- und das Wirtschaftsministerium sollten mit Männern besetzt werden, die mit voller Ueberzeugung auf dem Boden des Wirtschaftsprogramms der Regierung fänden. Auf Grund dieser Fraktionsbeschlüsse reichte der Reichswirtschaftsminister

v. Raumer,

der der Deutschen Volkspartei angehört, sein Rücktrittsgesuch ein. Auf unsere an den Minister persönlich gerichtete Frage nach den Gründen für seinen Rücktritt erklärte er, daß er zurücktreten sei, weil er die von ihm vertretene Wirtschafts- und Sozialpolitik in diesem Kabinett nicht habe durchsetzen können.

Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei wurden den übrigen Fraktionen sofort bekannt gegeben, auch der Sozialdemokratie, deren Beratungen am längsten dauerten. In ihrem Gegenbeschlusse heißt es: die sozialdemokratische Fraktion, wie zu erwarten war, ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen ab. Sie erklärte sich ferner gwar bereit, dem Kabinett außerordentliche Vollmachten zu übertragen, doch sollten diese auf das Finanzgebiet beschränkt werden. In der Frage einer produktiven Aufgestaltung der Arbeitspflicht ließen die Sozialdemokraten ein gewisses Entgegenkommen erkennen. Den von der Volkspartei ihnen nahegelegten Rücktritt des Finanzministers Dr. Hilferding, der ihrer Partei angehört, lehnten sie ab.

Um 7 Uhr begaben sich die Fraktionsvorsitzenden zu einer bereits vorher verabredeten Besprechung zum Reichskanzler, dem sie die Beschlüsse und Wünsche der Fraktionen mitteilten.

Die Stellungnahme der D. V. P.

Vom Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz erhalten wir folgende Mitteilung:

„Bei der Besprechung der Parteiführer wurde von mir die Frage zur Erörterung gestellt, ob es im Interesse der bedrängten höchsten Not des Vaterlandes nicht angezeigt erscheine, die Regierung auf breiteste Basis zu stellen und in die alle bisherigen Parteien zu vereinigen, die auf dem Boden der staatlichen und finanziellen Ordnung stehen. In der Frage, der Reichsermächtigung eine weitgehende Ermächtigung zur Durchführung notwendiger Gesetze auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu erteilen habe ich den Standpunkt vertreten, daß meine Fraktion voraussichtlich die Zustimmung zu dieser Ermächtigung von der anderweitigen Bildung des einen oder anderen Ressorts abhängig machen müsse. Endlich habe ich betont, daß die alte Forderung der Deutschen Volkspartei nach Steigerung der Arbeitsintensität durch Einführung der Werkstätten, die in gegenwärtiger Zeit besonders Bedeutung gewinnt, weiterdrehse, und daß man letzten Endes auch nicht vor einer Verlängerung der Arbeitszeit in den gewissen Betrieben zurückschrecken dürfe. Alle diese Fragen wurden von mir erörtert; von Ultimaten und Forderungen, unbeschadet der Rechtsstanzer gegenüber, kann nicht die Rede sein."

Die Sozialdemokraten fügten den oben mitgeteilten Beschlüssen noch hinzu, daß sie in der Frage des bayerischen Ausnahmezustandes den von dem Kommunisten gestellten Antrag auf Aufhebung im Reichstag unterstützen würden. Darauf erklärte Reichskanzler Dr. Stresemann den Parteiführern, daß er durch ihre Darlegungen vor eine neue Situation gestellt sei und das Kabinett betragen müsse, damit es seine Entscheidung treffe.

Nachdem die Fraktionsvorsitzenden in den Reichstag zurückgekehrt waren, traten die Fraktionen zu neuerlichen Sitzungen zusammen. Die Sozialdemokraten, die ihre Sitzung bald beendigt hatten, begnügten sich mit der Feststellung, daß eine Ueberbrückung der Gegensätze nicht möglich sei.

Reichskanzler Dr. Stresemann hatte sich inzwischen zum Reichspräsidenten begeben. Nach seiner Rückkehr begann nach 10 Uhr die entscheidende Kabinettssitzung.

Um Mitternacht wurde von zuständiger Stelle mitgeteilt, es sei noch immer nicht ausgeschlossen, daß die Haltung der Sozialdemokratie in der bayerischen Frage eine Neubesprechung erfahre und auch in den übrigen Punkten eine Einigung erzielt werde.

Eine rheinische Warnung.

Köln, 2. 10. (Wtb.) Den neuerdrennenden Streit um die große Koalition sowie die Entwicklung der Dinge in Sachsen und namentlich in Bayern nimmt die „Kölnische Volkszeitung" zum Anlaß, um bringende Warnung nach der Spree, nach der Isar und nach der Elbe zu richten, die Reichsbeirat nicht zu lodern. Das Blatt fragt, ob man sich noch darüber im Klaren sei, wie die Aufspaltung dieser Gegensätze auf den Rhein wirken müsse.

New Yorker Schlußkurs:
Parität 822 580 000 Mark.

Küstrin.

Amtliche Darstellung.

Verhaftungen auch in Döberitz.

Ueber die Vorgänge in Küstrin kann bis jetzt folgendes gesagt werden: Seit Mitte letzter Woche fanden in der näheren und weiteren Umgebung Berlins Ansammlungen von jungen Leuten statt, die angaben, daß sie sich der Reichswehr zur Verfügung stellen wollten. Der Militärbefehlshaber und die Polizeibehörden veranlaßten, daß sie, wo sie gestellt wurden, gerstreut und wieder nach Hause geschickt wurden. Der Verdacht lag vor, daß diese Leute unter Verspiegelung nationaler Ziele von einer Stelle aus einheitlich angesetzt worden seien, um, zu militärischen Verbänden zusammengestellt, innerpolitischen Zwecken zu dienen.

Der Wehrkreisbefehlshaber erließ deshalb in der Presse am 29. 9. öffentliche Warnungen und bekundete seine Entschlossenheit, gegen jede Störung der Ruhe und Ordnung rücksichtslos vorzugehen.

Als Führer der Bewegung wurde Major a. D. Buchrucker ermittelt und es wurde am 30. 9. Haftbefehl gegen ihn erlassen. Major Buchrucker hat offenbar erkannt, daß seine Pläne durchkreuzt werden sollten; er kam in der Nacht vom 30. 9. zum 1. 10. in die Festung, um seine Anhänger, als er erreichen konnte, in Küstrin zusammen. Sie verbargen sich zunächst in dem Zeughaus, einem alten Festungswerk, in dem nur ein Teil der Zivilarbeitern der Festung lag, der mit ihnen im Einverständnis handelte. Die Attitude von Küstrin, von Oder und Warthe umschlossen und von alten Wällen umgeben, läßt sich leicht nach außen absperren. Von militärischen Gebäuden enthält sie nur die Kommandantur. Die Garnisonen liegen jenseits der Warthe.

Major Buchrucker scheint beabsichtigt zu haben, durch die Ueberrumpelung der Festung Gleichgesinnte im ganzen Reich zum Losschlagen zu veranlassen und durch diese Vorgeschobenen sich selber zu retten. Auf welche Reise er dabei rechnete, läßt sich noch nicht mit Sicherheit sagen. Im Morgengrauen des ersten Oktober sich er die wichtigsten Punkte und Zugänge der Stadt besetzen und begab sich selbst mit anderen Rädelsführern in die Kommandantur, um zu verhandeln.

Der Kommandant aber, Oberst Gudovius, ließ sich nicht auf Verhandlungen ein, sondern handelte mit größter Energie. Die Führer ließ er sogleich verhaften. Einen nachdrücklichen Befehl gab er dem Bataillon fest. Pionierbataillon 8 und eine Schwadron der Jahrradbeitung 8 wurden alarmiert und bereitgestellt. Nur die gegen sich bei Aufstandsversuchen in den Zeughaus gerüst, die sie eingeschlossen wurden.

Das Wehrkreiskommando 3 hatte auf die erste Nachricht von den Ereignissen hin den Oberstleutnant v. Oelsch und Truppen aller Waffen in Marsch gesetzt, um den Aufruhr unter allen Umständen unterdrücken zu können. Das Pionierbataillon, das keine schweren Waffen besitzt, mußte sich bis zu ihrer Ankunft auf die Abwehrmaßnahmen beschränken.

Es wies gegen Abend den Vorstoß eines schwächeren Trupps Aufrührer ab, die zum Teil in Autos von außerhalb gekommen waren, um die Eingeschlossenen zu entsetzen. Die Angreifenden hatten hierbei einen Toten, zwei Schwer- und vier Leichtverwundete. Nach dem Eintreffen der Verstärkungen ergaben sich die in Zeughaus Eingeschlossenen. Es waren hier sind es 381 Mann, von denen man 13 als Rädelsführer zwischen kann. Dazu wurden noch 50 Mann festgenommen, die den Entsatzversuch von außerhalb gemacht hatten.

Welchen Kreisen die Gefangenen angehören und welche politischen Ziele sie verfolgen, wird sich im einzelnen erst bei den Vernehmungen feststellen lassen, die begonnen haben. Die Aburteilung der Festgenommenen wird durch ein außerordentliches Gericht in Kottbus (siehe Seite 2) erfolgen.

Gleichzeitig mit diesen Ereignissen ist auch die nähere Umgebung Berlins von Reichswehr und Schutzpolizei streng abgesucht worden, um alle anderen Ansammlungen zu verhindern. Dabei wurden etwa 200 Mann festgenommen, die sich in dem Döberitzer Gelände sammelten. Heute werden die Nachforschungen fortgesetzt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Bewegung durch das tatkräftige Zulassen des Obersten Gudovius in Küstrin und das schnelle Eingreifen der Truppe, wie der jeder Offizier und Mann in vollstem Maße seine Pflicht getan hat, im Keime erstickt worden ist.

Die Sicherheit auf dem Lande.

Flurschutz empfohlen.

W. T. B. Die Sicherheitsbehörden haben aufhören Schritte zu unternehmen auch die Aufmerksamkeit der Reichsregierung in Anbruch, die in einem Rundschreiben an die Landesregierungen angeregt hat, Vereinbarungen zur gegenseitigen Hilfeleistung zu treffen, die die eigenen Polizeikräfte eines Bundes mit anbreiten, einem besonderen Notstande abzuhelfen. Insbesondere der Polizeibehörden der Bundes wird im Gebiete des Reichsbahnbetriebes der Reichsbahn und der Unterhaltung der Polizeikräfte die Verwendung der Polizeiorgane der Länder nicht nur für die Zwecke des eigenen Landes, sondern für das deutsche Gesamtinteresse in Gestalt einer gegenseitigen Ortspolizeilichen Hilfe erwogen. Außerdem wird nach dem Vorbilde Preußens die Bildung eines Flurschutzes empfohlen, um das Gute Land vor gewaltsamen Einwirkungen gegen die Produktion und Ernte zu schützen. Ein solcher Flurschutz soll in der Regel das Gebiet eines Gemeindebezirkes nicht überschreiten, wenn auch im Einzelfall gegen ein Zusammenschreiten benachbarter Flurschutzbezirkes nicht eingetreten werden kann. Ebenso wird die Bildung eines freiwilligen Flurschutzes unter Führung eines Landjägers oder Schutzpolizeibeamten Schutz bei flachen Landes gewährleisten. Im übrigen ist die beschleunigte und außerordentliche Ablieferung der Erntezeriche durch die Erzeuger als das beste und wirksamste Mittel gegen Plünderungen und Ausschreitungen auf dem Lande anzusehen.

Ueberfall auf Schupobeamte.

Hannover, 2. 10. (T. U.) Gestern abend zu später Stunde verunstaltete die Polizei eine Razzia in der Altstadt, wobei etwa 20 bis 30 Personen nach dem Polizeipräsidium gebracht wurden. Die Maßnahme war bedauerlicherweise, kurz vor der Razzia, zu einem Ueberfall auf einen Schutzpolizeibeamten und entwaffnet worden waren, wobei einer der Beamten nicht unerheblich verletzt worden ist.

Um die Wiederaufnahme des Bahnbetriebes an der Ruhr

Abbruch der Verhandlungen zwischen Eisenbahnern und Franzosen.

B. Aus dem Ruhrbezirk, 2. 10. Die Gewerkschaften der Eisenbahner und Beamtenverbände der Reichsbahnbetriebe Essen beschlossen, den Dienst nicht wieder aufzunehmen, wenn nicht die Franzosen auf die Bedingungen bezüglich der Abtegung des Streikes auf die Regie und Abgabe einer Pflichterklärung verzichten, und wenn nicht sämtliche Ausgewiesenen zurückkehren dürfen. Dieser Beschluß ist den Franzosen von der Eisenbahndirektion in Hamm telegraphisch mitgeteilt worden. Infolge dieser Situation finden zurzeit keine Verhandlungen mehr statt.

Auf einer Beamtenkundgebung in Elberfeld wurde beschlossen, daß die deutschen Beamten nur den Beamten der deutschen Reichsbahn Folge leisten, es sei denn, daß sie eine Bescheinigung unter die Besatzung, wie z. B. der Eisenbahner unter die Regie, ausdrücklich verlangen.

Die Regie will nur die Hälfte der deutschen Eisenbahner einstellen.

Essen, 2. 10. (Wtb.) Dem Vernehmen nach wird in den nächsten Tagen die Regie eine „Verfügung" herausgegeben werden, die folgenden Inhalt hat: Die Bahnhöfe sollen besondere „Werbebureaus für Eisenbahner" einrichten. Da die deutsche Verwaltung bis heute mit einem zu großen Beamtenapparat geaarbeitet habe, sei zu einer wirtschaftlichen Ausbeutung notwendig, höchstens die Hälfte der Bedienstetten einzustellen, die vor der Ruhraktion tätig gewesen seien. Es sei beabsichtigt, die Wiederinbetriebnahme der Eisenbahnen etappenweise, etwa nach Streckengruppen, vorzunehmen. Dabei soll der Stellwerk- und sonstige Sicherheitsdienst vorwiegend durch deutsches Personal versehen werden. Zuge sollen nach deutschen Systemen gefahren werden. Von Fahrplanänderungen, Fahrdienstvorschriften, Signalbuch usw. sollen Abdrucke erscheinen. Ausführungsbestimmungen für die praktische Anwendung dieses Rundschreibens sollen zur gegebenen Zeit erlassen werden.

Ausdehnung des Regiebetriebes.

Witten, 2. 10. (Wtb.) Am 1. Oktober besetzten die Franzosen in Witten den Bahnhof West und die Eisenbahnwerkstätten. Die Arbeiter sind aufgefordert worden, sich bis zum 8. Oktober zur Arbeit anzubieten, ohne Aufforderung, den Eid zu leisten, das geschlossen ableitten und wieder abgegen. Die Franzosen haben daraufhin mit der Ausweisung gedroht. Aehnliche Nachrichten liegen aus Wingerdrüd vor.

Wieder ein Blutopfer.

Wattrop, 2. 10. (Wtb.) Hier wurde gestern der taubstumme Sohn des Bergmanns Albert Rüttländer in der Nähe einer Eisenbahnüberführung von einem belgischen Soldaten durch einen Bauchschuß schwer verletzt.

Ein Schandurteil.

Landau, 2. 10. Das französische Kriegsgericht in Zweibrücken hat gestern den Vorsitzenden der demokratischen Partei der Pfalz, Dr. F. Raschig, in Abwesenheit zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die Französische Fabrik Dr. Raschigs hatte von der deutschen Eisenbahnbehörde vor der Besetzung zwei Lokomotiven gekauft und sie nach Ludwigshafen verschoben. Die Franzosen erblickten hierin den Tatbestand der Hehlerei.

Neue Billionenraubzüge.

th. Gelsenkirchen, 2. 10. (Eigenbericht.) Heute haben die Franzosen wiederum in großem Umfang Beschlagnahmeaktionen durchgeführt und genommen. Bei der Gute Hoffnungshütte wurden 338 Milliarden Mark und bei der Zeche Graf Bismarck zwei Billionen Mark beschlagnahmt.

In Dorimund raubte französische Kriminalpolizei einen Lastkraftwagen mit 9,4 Billionen Notgeld. In Essen raubten die Franzosen bei der Firma Krupp etwa 300 Milliarden Mark.

Der Effener Polizeipräsident als Geisel festgenommen.

Essen, 2. 10. (W. T. B.) Der stellvertretende Polizeipräsident, Regierungsrat Friedensdorff, wurde gestern als Geisel von den Franzosen festgenommen, während der seit dem 26. September in Eingelhaft befindliche Polizeirat Exner entlassen wurde.

Die Separatisten fordern die Polizeigewalt.

Paris, 2. 10. (T. U.) Der Vertreter der „Daily Mail" in Düsseldorf berichtet, daß die Führer der Separatistenbewegung sich heute nach Koblenz begeben werden, um von der Rheinlandkommission zu verlangen, sie möge ihnen die Polizeigewalt und die Verwaltung im ganzen Rheinlande ausliefern. Ein ähnliches Schreiben soll dem General Degoutte unterbreitet werden. Der Berichterstatter fügt hinzu, daß die Führer der Separatistenbewegung hoffen, daß bald die vierzehn Tage Frist aufrechten zu können. Die letzte Entscheidung werde von der Aufnahme abhängen, die heute bei der Interalliierten Rheinlandkommission finden.

Düsseldorf, 2. 10. (W. T. B.) In einem Schreiben an den Regierungspräsidenten teilt General Denvignes mit, daß die Düsseldorfer Sicherheitspolizei aufgelöst ist und die Stadtverwaltung verpflichtet wird, die kommunale Polizei zu übernehmen. Ueber die Zusammenstellung, Stärke und Bewaffnung der Polizei und den Zeitpunkt, bis zu dem die Organisation beendet sein muß, werde der kommandierende General des Brückenkopfes nach Vorschriften erlassen. Die Angehörigen der Schutzpolizei sind interniert.

Neue Deutschenausweisungen aus Polen.

Warschau, 2. 10. (C. C.) Ueber 100 Deutsche sind aus den Festungen Graudenz, Thorn und Culm ausgewiesen worden. Es handelt sich dabei um solche Personen, die für Deutschland optiert haben.

Poincarés „Versprechen" an Baldwin

Englische Besorgnisse vor der Rheinlandkommission.

A. London, 2. 10. (Eigenbericht.)

Die Vorgänge in Düsseldorf erregen in Londoner politischen Kreisen nach wie vor ganz besonders starkes Interesse. Wir haben wiederholt betont, daß der Kern der gegenwärtigen französisch-englischen Beziehungen nicht so sehr in der Ruhrfrage zu suchen ist, sondern in der Frage der Erhaltung der deutschen Reichseinheit, und daß die Pariser Verständigung darauf beruhte, daß Poincaré Baldwin gegenüber jegliche Zerstückelungspläne oder Annexionsabsichten ablehne. Die Haltung der französischen Militärbehörden während der letzten Unruhen in Düsseldorf haben den verantwortlichen englischen Kreisen ein Beispiel dafür gegeben, was von dieser französischen Versicherung zu halten ist. In nächster Hinsicht besteht über den Hergang der Unruhen nicht der geringste Zweifel. Außer dem Korrespondenten des „Daily Telegraph" haben zahlreiche englische Augenzeugen einstimmig fest, daß die Unruhen damit begannen, daß die Separatisten einen Schupmann entwaffnen wollten, und daß die Schupo erst dann von der Waffe Gebrauch machte, als sie sich einem schweren Feuer seitens der Separatisten ausgesetzt fand. Angesichts dieser Tatsache fragt man sich hier, warum die französischen Militärbehörden in so einseitiger Weise mit den schärfsten Mitteln gegen die Gegner der Separatisten vorgegangen sind, und wie sich dieses Vorgehen mit den von Poincaré und Millerand gegenüber Baldwin gegebenen Versicherungen verträgt.

Selbstverständlich ist man sich in London darüber klar, daß die Ereignisse in Düsseldorf nur als ein Symptom zu betrachten sind. Der eigentliche Kurs der englischen Politik richtet sich gegen die Absichten der Rheinlandkommission. Man vermutet, daß die Separatisten sich mit gewissen Forderungen an die Kommission wenden werden, die auch hierbei sich abermals als das gefügige Werkzeug für die Durchführung der französischen diplomatischen Plänen erweisen würde, indem sie unter irgendeinem Vorwande, womöglich sogar unter Berufung auf das „Selbstbestimmungsrecht", die Abtrennung des Rheinlandes aussprechen würde. Baldwin glaubt, durch seine Unterredung mit Poincaré und Millerand England gerade gegen die Einflüsse der Rheinlandkommission gesichert zu haben, in der Ueberzeugung, England so gut wie gar nichts mehr zu sagen hat.

Auf diesen Zusammenhang ist es zurückzuführen, daß Baldwin auch bei seiner gestrigen Rede jedes Wort über seine Pariser Zusammenkunft vermieden hat. Denn wenn die separatistischen Pläne im Rheinlande oder an der Ruhr sich durchführen, so kann natürlich von einem einheitlichen Reparationsplan nicht mehr die Rede sein, und dann wäre auch der Plan einer gemeinsamen Ausbeutung des Ruhrgebiets hinfällig geworden. Auch in jeder anderen Beziehung sind die englischen Interessen einer Zerstückelung Deutschlands durchaus entgegengesetzt. Gegenwärtig machen auch hier selbst sehr eifrige Freunde Poincarés über die Entwicklung der Dinge ein sehr bedenkliches Gesicht.

Einige Erwartungen hinsichtlich einer Klärung der Lage seit man auf der bevorstehenden Rede Lord Curzons, der am Freitag auf der Reichskonferenz sprechen wird. Gerüchte wollen wissen, daß Curzon die Reichskonferenz zu einem Beschluß veranlassen will, der sich gegen die immer deutlicher zutage tretenden Hegemonieabsichten Frankreichs richtet.

Lord d'Abernon bei Lord Curzon.

London, 2. 10. (T. U.) Lord d'Abernon, der englische Gesandte in Berlin, stattete gestern dem Foreign Office einen Besuch ab und hatte mit Lord Curzon eine lange Unterredung.

Das Lloyd-George-Blatt greift Baldwin an.

London, 2. 10. (W. T. B.) „Daily Chronicle" sagt in einem Leitaufsatz: Unter den Hammerschlägen des französischen Militarismus gehe Deutschland sichtbar in Stücke. Poincaré, der die Schwächen der britischen Diplomatie erfaßt habe, verdenge nicht länger sein wahres Ziel.

„Times" sagt bei der Besprechung der Rede Baldwins: Die separatistische Bewegung in Deutschland habe, was über alles Bedenken haben sei, wenigstens inoffiziell Hilfe von Frankreich erhalten. Ob abschließe oder nicht — die französische Politik vollende den Zusammenbruch Deutschlands. Frankreich versuche, die Streitmahregeln des Versailler Vertrages dauernd fortbestehen zu lassen. Es mache es Deutschland fast unmöglich, Reparationen zu leisten, und weigere sich, das deutsche Gebiet zu räumen, bis Frankreich bezahlt sei. Times fährt fort, das Reparationsproblem müsse durch Zusammenarbeit und könne nicht durch Gewalt geregelt werden.

Staatssekretär Bergmann.

S. Paris, 1. 10. (Eigenbericht.) In hiesigen politischen Kreisen sind über Staatssekretär Bergmann Gerüchte im Umlauf, die zum Teil bereits Eingang in die französische Presse gefunden haben, die aus unseren besonderen Informationen wie folgt richtigzustellen sind: Staatssekretär Bergmann weilt augenblicklich wieder in Paris, um etwaige Verhandlungen hier zu führen, noch nicht er über erwartet. Er begibt sich jedoch mehr in den allerdichtesten Lage, wie hören, privatim vom Haag, wo er seinen Wohnsitz hat, nach Amerika. Die Meinung des „Intransigeant", er sei zum Pariser Botschafter ausersehen, ist höchstens ein Verschuchsballon. Wir können hinzufügen, daß Staatssekretär Bergmann, selbst wenn ein solcher Ruf an ihn ergangen wäre, dann den Botschafterposten übernehmen würde.

In der Pariser Botschafterfrage liegt auch bis jetzt keinerlei Entscheidung vor. Nicht uninteressant dürfte aber immerhin an der erwähnten Notiz der daraus hervorgehende Wunsch hiesiger französischer Kreise, den Pariser Botschafterposten mit einer Persönlichkeit besetzt zu sehen, die der deutschen Industrie nahestehe.

Brüssel, 2. 10. Amtlich wird die Nachricht dementiert, daß die deutsche Regierung der belgischen die Namen dreier Diplomaten für die Wiederbesetzung des Postens des deutschen Gesandten in Brüssel in Vorschlag gebracht habe.

General Smuts für aktive englische Reparationspolitik.

Rede des irischen Freistaatpräsidenten auf der britischen Reichskonferenz.

London, 2. 10. (T. U.)

Die Presse veröffentlicht heute die in Erwiderung auf die Eröffnungsrede Baldwins in der gestrigen Sitzung der Reichskonferenz gehaltenen Reden der Vertreter der Dominions aufführlich. Die Ansprache des Präsidenten Cosgrave entgegengebracht, des Führers der irischen Delegation zur Reichskonferenz, der versicherte, Irland sei gewillt, seine ihm übertragenen Verantwortungen zu erfüllen und einen Teil der gemeinsamen Lasten auf sich zu nehmen.

General Smuts, der Vertreter Südafrikas, erklärte: Baldwin habe ein lückenloses finsteres Bild der europäischen Zustände gezeichnet, aber, so fuhr Smuts fort, das britische Illgemeinwohl leidete trotzdem noch. Es habe manchen Sturm aushalten müssen, diese Größen der Weltgeschichte seien gestürzt worden, aber in der gegenwärtigen europäischen Situation gelte es dringender als je zuvor, Einigkeit zu wahren. Smuts gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß England sein ganzes politisches Gewicht einsetzen werde, um diejenigen Probleme zur endgültigen Lösung zu bringen, denen die ganze Welt sich jetzt gegenüberstehe. Das britische Weltreich könne heute mehr als irgendeines eine Macht ausüben, um die Welt in sich zu einigen, um er sei davon überzeugt, daß der gute Wille und genügende Festigkeit vorhanden seien, diese „große Maschinerie" zu einer wirksamen Beseitigung aller Schwierigkeiten in Europa voll einzusetzen.

„Wir", fuhr Smuts nördlich fort, „haben keinerlei Ursache, mit geteilter Stimme zu reden. Dieses Land hat jahrhundertelang in jeder kritischen Stunde der europäischen Geschichte seine Stimme als Autorität erhoben, und alle anderen Nationen haben diese Stimme nicht überhören dürfen. Mein Wunsch ist der, daß wir in einer Situation wie der heutigen wiederum zu reden, und wir in der Vergangenheit so oft getan haben, und mit einer Stimme sprechen werden, die in der ganzen Welt gehört werden soll."

Auf Baldwins Ausführungen über die Regelung der englischen Schulden in Amerika eingehend, meinte Smuts, gewisse Völker glaubten heute scheinbar, ihre Schulden auf die leichte Achsel nehmen zu können, demgegenüber aber erfülle England ehrlich alle seine Verträge. Solange aber nicht der normale Handel wiederhergestellt sei, bedeute das eine unerträgliche Belastung. Gleichzeitig **es sei daher die erste Pflicht der englischen Politik, den Frieden in Europa und den Weltbandel wiederherzustellen.**

Die Wiederaufnahme der Reparationsleistungen.

Paris, 2. 10. (T. U.) Wiederaufbauminister Reibel hat auf eine Anfrage, ob die Naturalleistungen nach Nordfrankreich jetzt nach Aufhebung des passiven Widerstands sofort wieder aufgenommen würden, geantwortet: „Wir werden jetzt den guten Willen Deutschlands auf die Probe stellen und beabsichtigen in der Tat, bei den deutschen Lieferanten Bestellungen zu machen. Wir werden das Ruhrgebiet Wiederaufbauzwecken wieder in Anwendung bringen. Dann werden wir sehen, ob das Reich den Lieferanten die gemachten Bestellungen bezahlen wird."

China lehnt die Forderungen der Mächte ab.

Paris, 2. 10. (Eigenbericht.)

Wie „Temps" aus Peking meldet, hat der chinesische Minister des Auswärtigen auf die Protestnote der Mächte wegen des Ueberfalls auf den Erzprinzen am 6. Mai bei Liudzeng geantwortet.

Die chinesische Regierung erklärt, daß der Zwischenfall nicht freundschaftlichen Charakter trage und daß infolgedessen die Regierung nicht verpflichtet sei, Schadenersatz zu zahlen. Jedoch sei sie von sich aus bereit, für die den Gefangenen zugefügten Leiden so weit wie möglich für Ersatz zu sorgen. Auf jeden Fall lehnt die Regierung es aber ab, progressive Kompensationen zu leisten. Desgleichen stimmt sie auf keinen Fall zu, die von den Mächten verlangten Garantien für die Zukunft zu geben, und sie betrachtet die politische Ueberwachung der Eisenbahnen und die eine neue Verwaltungsfrage, weshalb jedes von den Mächten in dieser Beziehung vorgeschlagene Projekt abgelehnt werden müsse. Aus dem gleichen Grunde wird die von den Mächten verlangte Bestrafung von Beamten abgelehnt. Doch erklärt die Regierung zum Schluß ihre Bereitschaft, das Räuberunwesen zu unterdrücken und für den Schutz der Fremden im Innern des Landes Sorge zu tragen.

Kurze Nachrichten.

Kbg. Wien, 2. 10. (Eigenbericht) Am 10. Oktober tritt die ungarische Nationalversammlung zusammen, welcher voraussichtlich Verordnungen von der Regierung unterbreitet werden dürften. Das Volkswohlfahrts- und das Ernährungsministerium werden aufgelöst.

Kbg. Wien, 2. 10. (Eigenbericht) Im tschechoslowakischen Bergarbeiterstreik, der bereits sieben Wochen andauert, steht ein Kompromiß bevor. Die Bergarbeiterschaft scheint geneigt, einem 8prozentigen Lohnabbau zuzustimmen, statt der geforderten 10 %.

S. Paris, 2. 10. (Eigenbericht.) Aus Bukarest meldet der „Temps", daß die rumänische Parlamentssession am 15. Oktober beginnen wird. Es handelt sich vor allem darum, die neue Verfassung zu beschließen.

S. Paris, 2. 10. (Eigenbericht.) Der „Matin" Pariser Gemeinderat ist der Gesandt Castelnau von seiner Reise gestern wieder nach Paris zurückgekehrt ist. Er hatte in Rom mehrere Besprechungen mit dem Kardinalstaatssekretär und dem Papst selber.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	2. 10.	1. 10.		2. 10.	1. 10.
Tägl. Geld	5½ %	5½ %	Brüssel	—.—	5,10
Berlin	0,00000033	0,00000033	Madrid	89,25	89,25
Wien	0,00000033	0,00000033	Zürich	—.—	17,83
Budapest	0,00000027	0,00000028	Kopenh.	17,70	17,75
London			Prag	2,99	3,00
Paris			Sofia	—.—	4,53
Amst. Rotterdam	4,54,87	4,54,00	Athen	—.—	13,48
Ital. Mailand	4,51,11	4,50,97	Kopenh.		
Zürich	5,90	5,90	Stockh.	64	64

Staatsbürgerliche Pflichten.

Von
Kammergerichtsrat Dr. Pinzger,
Berlin-Schlachtensee.

Die Reichsverfassung spricht zwar in ihrem 2. Hauptteil von den Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen; aber soweit sie dabei nicht nur ein Programm für die künftige Gesetzgebung aufstellt, konnte sie die leitenden Gesichtspunkte nur in großen Zügen andeuten. Dabei fällt es auf, daß die Rechte schärfer als die Pflichten betont sind. Das war kurz nach der Revolution erklärlich, wo man immer noch das verlorene Wilhelm fürchten, im Auslande und daheim geachteten Staatsgewalt vor Augen hatte und in weiten Kreisen sich gegen die Machtmittel des Staates glaubte sichern zu müssen. Dabei ist wenig oder gar nicht beachtet worden, daß die an sich schon sehr schwache Staatsautorität durch die wohlwitzigen Bestimmungen des Versailler Diktats von unseren ehemaligen Feinden bereits zu einer gewissen Bedeutungslosigkeit verurteilt war und systematisch weiterbekämpft wurde. Sollte man schon deshalb das Ansehen und die Bedeutung der staatlichen Autorität zu heben suchen, so wird das erst recht notwendig in den Zeiten größter Not, wie wir sie jetzt erleben. Diese Auffassung steht mit der Verfassung nicht im Widerspruch. Im Gegenteil! Für eine Demokratie, wie wir sie haben, ist die positive Mitarbeit aller Staatsbürger eine selbstverständliche Pflicht. Denn wenn in der Verfassung der Satz an die Spitze gestellt wird, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, so ist damit diesem Volke und jedem einzelnen die Verpflichtung für das Wohl und Wehe der Volksgesamtheit aufgebürdet. Davon kann sich keiner freimachen, ob ihm die heutige Staatsform und die einzelnen Bestimmungen der Verfassung gefallen oder nicht.

Das Recht der Kritik an allen Maßnahmen der Regierung und Verwaltung ist verfassungsmäßig garantiert. Aber in jedem Recht liegt zugleich eine Pflicht, und das Recht der Kritik schließt die Pflicht in sich, zu sagen, wie es besser gemacht werden soll, dabei mitzuraten und zu helfen. So kommen wir auch auf diesem Wege wieder zu der bedeutsamen Pflicht positiver Mitarbeit. Nebenbei gesagt, wer sich dem verpflichtet und nicht mitwirken will, trägt die Folgen seines Verzichtes zugleich mit der Gemeinheit, und die Gleiche für ein Verbrechen sind ganz gleichgültig, mag es Teilnahmslosigkeit oder gar bewußter Egoismus sein. Andererseits kann das Wert der Staatserhaltung gerade in Zeiten der Not nicht nur durch die Mitarbeit einer kleinen Gruppe geleistet werden. Es ist vielmehr Leidpflicht, heute die Arbeit unserer Gesundung, unserer Rettung mit bitterer Not der Regierung und den Behörden, der Volksvertretung oder den Parteiführern überlassen zu wollen. Wenn nun einmal die Karre im Dreck steckt, sitzt nur das Heft zugeraten aber, damit sie wieder herauskommt. Die schönsten Reden, wie es hätte gemacht werden müssen, wie die Notlage hätte vermieden werden können, helfen nicht. Es kommt darauf an, sich Verbrechen, wenn Gefahr im Verzug, und in dieser Lage befindet sich heute das deutsche Volk.

Es wird immer noch, trotz der teuren Papierpreise, unendlich viel geschrieben und gedruckt, was das Papier kaum wert ist. Es wird unendlich viel geredet, was sich sehr schön anhört, praktisch aber undurchführbar ist. Es wird noch mehr kritisiert ohne jeden positiven Vorschlag, oft nur weil das Parteiinteresse es angeblich erfordert. Wieviel kostbare Zeit geht mit alledem verloren! Freilich kann die Mitarbeit des einzelnen an Staat